

# Mehr Science Diplomacy wagen!

Die Stimme der Wissenschaft in der Politik ist nötig, um gemeinsame Probleme anzugehen und internationale Partnerschaften aufzubauen.

Götz Neuneck

Die Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut, das durch das Grundgesetz garantiert wird. Gleichzeitig lautet ein ungeschriebenes Gesetz, dass Wissenschaftler sich aus der Politik heraushalten, neutral bleiben und lediglich Fakten und Erkenntnisse produzieren sollen. Aber geht das in der heutigen globalisierten Welt noch? Die Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Missmanagement und politische Konflikte nehmen Wissenschaftler, auch als Staatsbürger, zum Anlass, sich zu Problemen der Menschheit zu äußern, in die die Wissenschaft involviert ist. Dazu zählen der Klimawandel, die Corona-Pandemie oder die Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens.

Gleichzeitig fordern Populismus, Verschwörungstheorien und Machtspannungen die Wissenschaft global und national heraus. Wichtige Elemente wie freier Zugang zu Wissen, friedlicher Meinungsaustausch, die Anerkennung wissenschaftlicher Ergebnisse oder die wissenschaftliche Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinaus werden in alarmierender Weise infrage gestellt. Zu diesem Ergebnis kam eine Podiumsdiskussion am DESY in Hamburg am 21. Oktober 2019. Jüngst hat das Magazin „Scientific American“ sogar eine Wahlempfehlung abgegeben, für Joe Biden und gegen Donald Trump, da dieser „Beweise und Wissenschaft ablehnt“. Über 4000 US-Wissenschaftler haben kurz vor den Präsidentschaftswahlen eine Erklärung zur „Verteidigung der Demokratie“ in Amerika unterzeichnet. Angesichts der nationalen Krise in den USA haben sie eine klare Haltung gegen die Einmischung der Politik in die Wissenschaft gefordert.

Stellungnahmen sind in unserer stark von Medien bestimmten Welt probate Mittel, um dringende Herausforderungen für die Öffentlichkeit zu artikulieren und eine evidenzbasierte Politik einzufordern. Aber das allein reicht nicht aus. Wissenschaft braucht Freiheit und internationalen Austausch, aber diese Freiheit bringt auch Verantwortung mit sich. Aus meiner Sicht ist mehr Science Diplomacy nötig! Dazu zählen unter anderem die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Kooperationen in der Außenpolitik oder die Schaffung von Beratergremien, um internationale Partnerschaften zu stärken und Regierungen wissenschaftsbasierte Ratschläge zu geben. Dabei stehen oft länderübergreifende Probleme, internationale Großprojekte oder Diskussionen mit ausländischen Kollegen im Zentrum. Angesichts der fortschreitenden Rivalität zwischen den USA, China und Russland könnten



IFSH / Felix Matthies

**Prof. Dr. Götz Neuneck** ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik und Professor an der MIN-Fakultät der Universität Hamburg.

„Wissenschaftliche Freiheit bringt auch Verantwortung mit sich.“

internationale Kooperationen Schaden erleiden – beispielsweise durch Visaprobleme, Exportkontrolle, Konferenzabsagen oder Spionagevorwürfe.

Das Dual-Use-Problem, also die prinzipielle Verwendbarkeit von Gütern, Technologien und Wissen für zivile sowie für militärische Zwecke, stellt sich vor dem Hintergrund des globalen Machtwettkampfs zwischen den Großmächten stärker denn je kontrovers dar. Die wissenschaftliche Gemeinschaft muss den Gesellschaften helfen, die Auswirkungen von Entwicklungen mit doppeltem

Verwendungszweck besser zu verstehen und Risiken für Leben, Menschenwürde, Gesundheit, Freiheit, Eigentum und Umwelt zu begrenzen. Hierzu gibt es erfolgreiche Initiativen des

DESY zum Freien-Elektronenlaser oder auch die Empfehlungen zu sicherheitsrelevanter Forschung der DFG und Leopoldina von 2014.

Neben der offenen Diskussion ambivalenter Forschungsfelder und damit verbundener „Risikoanalysen“ gibt es weitere präventive Maßnahmen wie die Einrichtung von Kommissionen für die Ethik sicherheitsrelevanter Forschung. Forschungsinstitutionen können bestehende Ethikregeln in transparenter Weise anpassen oder weiterentwickeln. Aber auch die Politik ist gefragt. Die Bundeskanzlerin ist zwar gelernte Physikerin, aber hat die Bundesregierung genügend wissenschaftliche Beratung? Das Auswärtige Amt, das für die Außenpolitik und damit für „Science Diplomacy“ verantwortlich ist, hat noch nicht einmal einen Wissenschaftsberater! Auch mit den Fachgemeinschaften ist ein kontinuierlicher Dialog über „Science Diplomacy“ nötig. Fachgesellschaften wie die DPG brauchen einen Ansprechpartner in der Regierung. Umgekehrt benötigt die Regierung einen direkten Draht zu den Wissenschaftsorganisationen. Wissenschaft und Politik sollten in der komplexen Welt von heute gemeinsam mehr „Science Diplomacy“ wagen!